

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

### **Zuwanderung von Neu-EU-Bürgern ins Land Bremen**

In Deutschland leben immer mehr Bürger aus den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU). Für Bürger aus Bulgarien, Rumänien und Kroatien gilt bis Ende 2013 nur eine eingeschränkte EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit. Neben gut ausgebildeten Akademikern, qualifizierten Fachkräften, selbstständig Tätigen sowie Auszubildenden und Studenten, halten sich schon heute auch Bürger der genannten Länder ohne eine EU-Arbeitsgenehmigung in Bremen und Bremerhaven auf. Ihre Lebenssituation ist aus verschiedenen Gründen vielfach von Unkenntnis über die eigenen Rechte, aber auch Pflichten in Deutschland geprägt. Dadurch verschärfen sich für sie Probleme, beispielsweise beim Zugang zu Bildungsangeboten oder medizinischer Versorgung und Beratung.

Zum 1. Januar 2014 werden die bisherigen Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bürger aus Bulgarien und Rumänien aufgehoben. Viele Länder und Kommunen haben deshalb bereits Vorsorge getroffen und die zu erwartenden Kosten für Sozialleistungen in ihren Haushalten berücksichtigt.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Bürger Bulgariens, Rumäniens und Kroatiens, sind jeweils nach dem EU-Beitritt ihres Landes ins Land Bremen neu eingereist (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden und Nationalitäten)?
2. Wie viele dieser Zuwanderer sind im Besitz einer EU-Arbeitsgenehmigung? Wie viele sind Selbstständige? Wie viele erhalten welche Transferleistungen? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden darstellen)?
3. Wie viele schulpflichtige Kinder und Jugendliche aus Bulgarien, Kroatien und Rumänien, deren Eltern nach dem EU-Beitritt ihres Landes neu ins Land Bremen eingereist sind, leben derzeit im Land Bremen? Wie viele sind Kinder von Eltern ohne EU-Arbeitsgenehmigung? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden darstellen)
4. Wie viele Kinder und Jugendlichen besuchen derzeit eine Schule oder einen Kindergarten? Wie stellt der Senat die Einhaltung der Schulpflicht sicher? Welche

Erkenntnisse hat der Senat über Gefährdungen des Kindeswohl -auch nach Erfahrungen anderer Kommunen und Gemeinden- und wie wird der Senat dem ggf. entgegenwirken?

5. Welche Kosten entstehen durch die Beschulung bzw. Kindergärtenplätze für diese Kinder? Mit welchen zusätzlichen Kosten rechnet der Senat für 2014 und 2015? In welchem Umfang sind diese in den Haushalten durch zusätzliche oder erhöhte Anschläge berücksichtigt?
6. Wie viele neu eingereiste EU-Bürger beziehen aktuell Kindergeld für wie viele Kinder? Wie wird der rechtmäßige Bezug von Kindergeld überprüft? Mit welchen zusätzlichen Kosten rechnet der Senat für 2014 und 2015? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden darstellen)
7. Wie erfahren neu eingereiste EU-Bürger aus Bulgarien, Kroatien und Rumänien im Land Bremen von ihren Rechten und Pflichten in Deutschland? Wie macht der Senat Beratungsangebote bekannt? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden darstellen)
8. Welche Beratungsangebote wurden 2013 von wie vielen Nutzern wahrgenommen? Wie wirkt der Senat darauf hin, dass die Nutzerzahlen steigen? (bitte aufschlüsseln nach Stadtgemeinden und Beratungsangeboten)
9. Welche Konzepte verfolgt der Senat insbesondere zur beruflichen Integration dieser EU-Bürger? Welche speziell für diesen Personenkreis vorgesehenen Qualifizierungs- und Fördermaßnahmen existieren oder sind beabsichtigt? Welche ggf. spezifischen Qualifikationen, Erfahrungen und Fähigkeiten bringen Menschen aus diesem Regionalbereich evt. mit?
10. Wie und von wem wird derzeit festgestellt, ob Neu-EU-Bürger über eine Krankenversicherung verfügen, und wer übernimmt die Kosten einer Statusklärung und ggf. anfallende Behandlungskosten? Welche Kosten sind dadurch in 2012 und 2013 jeweils an welchen Stellen entstanden? Mit welchen zusätzlichen Kosten rechnet der Senat für 2014 und 2015? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden darstellen)
11. Wie viele Kinder und Jugendliche aus Bulgarien, Kroatien und Rumänien, deren Eltern nach dem EU-Beitritt ihres Landes ins Land Bremen eingewandert sind, verfügen derzeit über einen von der STIKO empfohlenen altersgemäßen Impfschutz? Wie stellt der Senat sicher, dass dieser vor einem Kindergarten- oder Schulbesuch überprüft wird?
12. Wie wird in Bremen und Bremerhaven derzeit mit im Freien campierenden Zuwanderern aus Bulgarien, Kroatien und Rumänien umgegangen? An welchen Orten campieren diese Menschen hauptsächlich und wie hoch schätzt der Senat ihre Zahl? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden darstellen)

13. Zu welchen Ergebnissen ist die vom Senat eingesetzte Arbeitsgruppe „Einwanderung und Integration von Neu-EU-Bürgern und Bürgerinnen“ bisher gekommen und wann wird sie schriftliche Ergebnisse vorlegen?
14. Mit welchen Kosten für Sozialleistungen rechnet der Senat 2014 und 2015 für EU-Bürger aus Bulgarien und Rumänien?
15. Mit wie vielen Zuwanderern aus Bulgarien, Kroatien und Rumänien rechnet der Senat für 2014 und 2015? Welche vorbereitenden Maßnahmen –insbesondere zur adäquaten Unterbringung und schnellen Integration- hat er dazu bereits getroffen?

Sigrid Grönert, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU